

INFORMATION

zum Pressegespräch

mit

**Gemeinde- und Sozial-Landesrätin Birgit Gerstorfer
und Sozialminister Alois Stöger**

am 17. Juli 2017

zum Thema

„Den Menschen Chancen geben“
Aktion 20.000 in den Oö. Gemeinden
Lösungsvariante: Personalüberlassung

Weitere Gesprächsteilnehmer:

- Bürgermeisterin Elisabeth Feichtinger (Altmünster)
- Bürgermeister Franz Allerstorfer (Feldkirchen/Donau)

www.birgit-gerstorfer.at

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

Das Ziel: Arbeitslosigkeit bei über 50jährigen halbieren

Mit der von der Bundesregierung beschlossenen und von Sozialminister Alois Stöger initiierten Aktion 20.000 sollen über 50jährige, langzeitarbeitslose Menschen (die länger als ein Jahr arbeitssuchend waren) wieder eine Chance am Arbeitsmarkt bekommen. In Oberösterreich würden davon rund 2.500 Personen profitieren und die Arbeitslosigkeit in diesem Segment könnte halbiert werden.

„Obwohl die Wirtschaftslage spürbar anzieht und die Arbeitslosigkeit sinkt, finden viele ältere Personen keine Anstellung mehr. Wir wollen aber, dass der Aufschwung bei allen ankommt und setzen uns daher gemeinsam dafür ein, dass die Aktion 20.000 in Oberösterreich vollständig umgesetzt wird“, betonen Birgit Gerstorfer und Alois Stöger gemeinsam.

Stöger: Chance für Gemeinden und Betroffene

„Mit der Aktion 20.000 schaffen wir sinnstiftende Jobs für die Betroffenen, die auch einen gesellschaftlichen Mehrwert haben“, betont Stöger die Vorteile der Arbeitsmarktinitiative, von der neben den Arbeitnehmer/innen auch die Gemeinden profitieren können. „In vielen Bereichen gibt es Aufgaben, für die bisher Personal gefehlt hat. Die Aktion 20.000 gibt Gemeinden die Chance, diese Aufgaben jetzt zu erfüllen und zusätzliche Leistungen anzubieten“, so Stöger weiter.

„Viele Gemeinden haben die Vorteile der Aktion 20.000 schon erkannt“, erklärt Stöger den großen Andrang in der oberösterreichischen Modellregion. Seit dem Start in den Modellregionen am 1. Juli wurden in Linz und Urfahr-Umgebung bereits 90 Arbeitsplätze vergeben und rund 380 Stellenangebote beim AMS gemeldet. „Jetzt ist die Landesregierung gefordert, die Gemeinden beim reibungslosen Ablauf der Aktion 20.000 zu unterstützen und auch den Landesdienst für ältere Arbeitssuchende zu öffnen“, fordert der Sozialminister.

Gemeinden als attraktiver Arbeitgeber

Im Juli hat Landesrätin Birgit Gerstorfer im Landtag beantragt, dass sich Gemeinden uneingeschränkt an der Aktion 20.000 beteiligen sollen: *„Ich wünsche mir, dass Gemeinden Menschen wieder anstellen können. Dazu brauchen wir allerdings die Klärung, dass über die genehmigte Dienstpostenanzahl hinaus Personen im Rahmen der Aktion beschäftigt werden können. Dieser Vorschlag hat leider bisher keine Mehrheit im Oö. Landtag bekommen“*, berichtet Gerstorfer.

Lösungsvorschlag: gemeinnützige

Arbeitskräfteüberlassung (Personalleasing)

Mit dem AMS Oberösterreich und dem Sozialministerium hat das Ressort von Birgit Gerstorfer daher nach einer Lösung des Problems gesucht, schließlich wollen sich viele Gemeinden aktiv für ihre arbeitssuchenden Bürgerinnen und Bürger einsetzen.

Als Alternative zu einer Direktbeschäftigung bei einem möglichen Arbeitgeber im Rahmen der Aktion 20.000 gibt es die Möglichkeit, förderbare Personen (über 50 Jahre und 1 Jahr langzeitarbeitslos) im Rahmen einer gemeinnützigen Arbeitskräfteüberlassung zu beschäftigen.

In so einem Fall bezahlt die Gemeinde lediglich 200 Euro pro Monat für den gemeinnützigen Personaldienstleister und bekommt eine 40-Stunden-Kraft zur Verfügung gestellt. Damit wird, neben den verwaltungstechnischen Dingen, auch eine Betreuung der beschäftigten, älteren Langzeitarbeitslosen gewährleistet.

Altmünster und Feldkirchen/Donau machen mit

„Ob im Bauhof, im Gemeindealtenheim oder als Unterstützung in der Schule, wir haben in meiner Gemeinde immer Bedarf an zusätzlichem Personal. Daher plane ich, ab Jänner mindestens zwei Personen über die Aktion 20.000 einzustellen“, betont Bürgermeisterin Elisabeth

Feichtinger aus Altmünster, die froh ist, dass es mit der Überlassungs-Variante auch ihrer Gemeinde möglich wird mitzumachen.

Auch der Feldkirchner Bürgermeister Franz Allerstorfer beteiligt sich schon jetzt an der Aktion 20.000: *„Der Bezirk Urfahr-Umgebung ist neben Linz einer der Pilotbezirke, wo wir seit 1. Juli an der Aktion teilnehmen können. Wir wollen in Kooperation mit dem FAB Menschen im Bereich des Bauhofs und auch in der Verwaltung und Gebäudereinigung einsetzen. Derzeit führen wir enge Abstimmungsgespräche mit dem AMS Linz und dem FAB, die wir sofort nach dem Beschluss im Parlament Ende Juni gestartet haben. Alleine in Feldkirchen gibt es fünf Personen die für die Aktion generell in Frage kommen würden. Ich bin mir sicher, dass wir demnächst einigen davon eine neue Chance am Arbeitsmarkt geben können.“*

Kosten sparen durch notwendigen Landtagsbeschluss

„Mir ist bewusst, dass sich durch die Arbeitskräfteüberlassung die Anstellung der geförderten Menschen um 2.400 € pro Jahr verteuert. Für das Ziel, Menschen über 50 wieder eine berufliche Chance zu geben, aber ein vertretbarer Aufwand. Günstiger würde es werden, wenn der Landtag zustimmt, dass die Gemeinden selbst als Arbeitgeber auftreten können. Daher appelliere ich an die Vernunft der Regierungsfractionen in Oberösterreich, dem dringend zuzustimmen, um eine echte Win-Win-Situation für alle zu schaffen“, schließt Birgit Gerstorfer.